

Stadt Haan
Niederschrift über die
5. Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Haan
am Mittwoch, dem 08.12.2010 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
19:15

CDU-Fraktion

Stv. Marlene Altmann
AM Ernst Dörfler
AM Vincent Endereß
Stv. Meike Lukat
Stv. Klaus Mentrop
Stv. Monika Morwind

SPD-Fraktion

AM Peter Küpper
Stv. Wilfried Pohler
Stv. Michael Schneider
Stv. Bernd Stracke

Vertretung für AM Juliane Eichler

FDP-Fraktion

Stv. Philip Daniel
Stv. Patrick Sobbe

GAL-Fraktion

AM Silvia Ramsel
Stv. Elke Zerhusen-Elker

UWG-Fraktion

AM Elisabeth Cordts

Vertreter des Seniorenbeirates

Friedhelm Reisewitz
Karlo Sattler

Verwaltung

1. Beigeordnete Dagmar Formella
StOVR Udo Thal

Schriftführer

Herr Carsten Butz

Der Vorsitzende Bernd Stracke eröffnet um 17:00 Uhr die 5. Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner/innen - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Auf Antrag der SPD wird die Tagesordnung um den Punkt 1a. "geplante Stellenkürzung im Versicherungsamt" einvernehmlich erweitert.

1./ Ein Jahr Senior(inn)enbeirat der Stadt Haan - Bericht durch die Vorsitzenden

Protokoll:

Der Vorsitzende des Seniorenbeirates Hr. Reisewitz und 1. stellvertretender Vorsitzender Hr. Sattler stellen die Arbeit des Seniorenbeirates an Hand einer Powerpointpräsentation (siehe Anlage) vor.

Es wird gedankt, dass die Wahl des Seniorenbeirates mit der Kommunalwahl zusammen durchgeführt worden sei und somit eine außerordentliche Wahlbeteiligung erreicht wurde.

Hr. Reisewitz ergänzt anschließend, dass für 2011 noch folgende Projekte geplant seien:

- eine Qualitätsoffensive im Einzelhandel,
- ein weiteres Rede- und Mitspracherecht in anderen Ausschüssen,
- die Herausgabe einer Seniorenbrochure,
- Internetpräsenz des Seniorenbeirates
- die Einrichtung einer "öffentlichen Toilette" in der Innenstadt von Haan,
- stärkere Öffentlichkeitsarbeit.

Stv. Lukat spricht ihren Dank für die Arbeit des Seniorenbeirates aus. Sie habe die Wünsche des Beirates registriert und notiert. Sie würde gerne wissen ob bezüglich der Sprechstunden Zahlen ermittelt worden seien, damit sie sich die "Frequentierung" der Sprechstunden besser vorstellen könne.

Sie berichtet, dass Sie vor einigen Wochen auf einer Seniorenmesse in Hilden gewesen sei und regt an, ob man sich so etwas im kommenden Jahr nicht auch in Haan vorstellen könne.

Hr. Sattler bringt zum Ausdruck, dass nicht jeder Wunsch des Beirates Geld kosten würde. Die Umsetzung einer Broschüre sei auch ohne städtische Zuschüsse umzusetzen. Bzgl. der Sprechzeiten berichtet er, dass zunächst einige Besucher zu den Sprechzeiten erschienen seien, der Umzug in die Räumlichkeiten des Gesundheitsamtes und die damit verbundenen Sprechzeiten erwiesen sich eher als ungünstig. Die Kontaktaufnahme werde mehr telefonisch genutzt, die Frequentierung sei schlecht zu messen und es wären diesbezüglich auch keine Zahlen vorhanden.

Stv. Mentrop gibt zu bedenken, dass in Haan generell das Angebot von Sprechstunden nicht gut laufe. Er rege an, im Sommer rauszugehen und den Kontakt zu den

Leuten zu suchen. Weiter denke er, dass viele Seniorinnen und Senioren sich nicht alt fühlen würden und es als Idee gut sei, wenn der Seniorenbeirat "jung und frisch" überkomme.

Stv. Küpper bringt seinen Dank für die Arbeit zum Ausdruck. Er halte es für wichtig, dass der Seniorenbeirat vor Ort präsent sei. Bezüglich des Seniorenratgebers rege er an, die Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeauftragten zu suchen, um so die Kräfte und Finanzen möglicherweise bündeln zu können.

1. Bgo. Formella betont, dass für die Arbeit des Seniorenbeirates entsprechende Ansätze auch im Haushaltsplanentwurf 2011 vorgesehen seien. Sie betrachte es als eine Pflichtaufgabe, die seitens der Verwaltung ausdrücklich unterstützt werde. Bezüglich des Angebotes der Sprechzeiten stehe ihr Angebot weiterhin, nach Absprache, z.B. zwischen 11 und 13 Uhr, ihre Räumlichkeiten mit zu nutzen. Mit der VHS sei man bezüglich des Programmangebotes im Gespräch.

Stv. Pohler dankt dem Seniorenbeirat ebenfalls für seine Arbeit und wünscht ihm "einen langen Atem". Die Unterstützung der Arbeit sei, im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten ausdrücklich gewollt. Er gebe die Idee weiter, wenn möglich, Sprechzeiten während des Mittwochsmarktes in den Räumlichkeiten der Stadtbücherei anzudenken.

Vors. Stracke greift die Schwierigkeiten, an Bürger/Innen mit Migrationshintergrund heranzukommen, auf. Er rege an, sich mit Herrn Seelig von Parea im Stadtteil Haan-Ost in Verbindung zu setzen.

Hr. Reisewitz berichtet, dass Kontakte schon aufgenommen seien.

Stv. Lukat regt an, sich im Rahmen des seniorengerechten Einkaufens die Unterstützung der Wirtschaftsförderung hinzu zu holen.

Hr. Sattler erklärt, dass man bisher die Unterstützung der IHK und der Werbegemeinschaft gesucht habe, den Vorschlag an die Wirtschaftsförderung heranzutreten, greife man auf. Bzgl. des Einkaufens in Haan, sei das Fehlen einer öffentlichen Toilette ein großes Ärgernis.

Stv. Lukat informiert, dass man sich im Ratsinformationssystem umschauen können und sich hierfür freischalten lassen könne, soweit dies noch nicht geschehen sei.

Stv. Pohler meint, dass man das Papier des Wirtschaftsförderungsausschusses dem Seniorenbeirat zur Verfügung stellen könne, es gebe auch eine Auswertung sogenannter Mittelstädte in NRW (wie Haan) seitens der IHK, die man sich besorgen könne. Auch könne der Einzelhandelsverband, soweit es ihn noch gibt, mit eingebunden werden.

Hr. Sattler erzählt, dass seitens des Seniorenbeirates eine öffentliche Befragung, Ladenbegehungen und Testkäufe geplant seien, wobei zu betonen sei, dass die Ergebnisse nicht repräsentativ seien.

Stv. Mentrop greift die Problematik der öffentlichen Toiletten in Hand nochmals auf;

dies sei schon mehrfach besprochen worden, jedoch ohne positive Ergebnisse. Es gebe doch neue Toilettenanlagen von Anbietern, die sich in ihrer Konzeption finanzieren und der Stadt keine Geld kosteten. Er rege an, dass sich die Stadt um eine Lösung bemühe.

Vors. Stracke nimmt dies als Anregung auf.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den Bericht des Seniorenbeirates zu Kenntnis.

1a./ Geplante Stellenkürzung im Versicherungsamt

Protokoll:

Stv. Pohler bittet die Verwaltung, die Sachlage der Stellenkürzung darzulegen.

1. Bgo. Formella teilt mit, dass eine befristete Abordnung einer Kraft aus dem Versicherungsamt veranlasst worden sei, um eine akute personelle Notsituation in der Abt. 51-2 aufzufangen, die aus einer Krankheitssituation entstanden sei. Deswegen sei derzeit nur eine reduzierte Aufgabenerledigung im Bereich des Versicherungsamtes möglich.

AL Thal erläutert, dass die Pflichtaufgabe im Versicherungswesen in der Auskunftserteilung läge. In der Vergangenheit, seien intensive Beratungen durchgeführt worden, was eine freiwillige Aufgabe sei.

AM Sattler bemängelte, das die Abordnung der Kraft aus der Zeitung erfahren habe. Seinen Informationen zufolge seien die Mitarbeiterinnen des Versicherungsamtes in ihrer Tätigkeit ausgelastet gewesen. Seinen Recherchen zufolge würde die Beratung zu einer Pflichtaufgabe der Verwaltung gehören. Ferner sei zu bedenken, dass es immer mehr ältere Mitbürger/Innen in Haan gebe. Hier sei eine Hilfestellung seitens der Verwaltung erforderlich.

AL Thal führt aus, die Arbeit sei bisher so umfassend und gut erledigt worden, auch hinsichtlich der Beratung, dass es selten zu Rückfragen des Rententrägers gekommen sein. Die Pflichtaufgabe sei allerdings nur, die Anträge entgegenzunehmen und daraus resultierende Fragen zu beantworten. Die Mitarbeiterinnen seien nicht verpflichtet, den Antrag inhaltlich zu prüfen und zu optimieren, wie dies bisher der Fall gewesen sei.

Stv. Pohler sagt, dass nach seinem Verständnis noch keine endgültige Entscheidung in der Angelegenheit getroffen worden sei. In der Stellenplanberatung 2011 sei zu überlegen, wie künftig mit der Situation umgegangen werden solle und es sei mit einzubeziehen, wie der Bedarf in Haan derzeit sei. Er gebe zu bedenken, dass jede Anlaufstelle die aus Haan wegegeben werde, auch eine Reduzierung der Wirtschaftsförderung zur Folge habe. Wenn in anderen Orten Anträge abgegeben würden, würde damit auch ein Einkauf verknüpft werden. Nach seinem Kenntnisstand, wären andere Städte nicht in der Lage, den Antrags- und Beratungsbedarf der Haaner Bürger-

rinnen und Bürger in dieser Angelegenheit aufzufangen.

1. Bgo. Formella erklärt, dass sie grundsätzlich das gute Team im Versicherungsamt nicht auseinanderreißen wolle. Die Sparvorgaben würden jedoch 2011 Einschnitte erfordern. In der Stellenplanberatung 2011 müssten von daher die Kriterien Finanzen, Bürgerservice und Demografie abgewogen werden.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Sachlage und die Erörterung der Verwaltung zur Kenntnis.

2./ Begehung der Übergangsheime durch den Sozialausschuss - Anlage: Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 17.11.2010

Protokoll:

Stv. Pohler erklärt, dass sich der Antrag der SPD aufgrund der tatsächlichen Situation überholt und erledigt habe. Es sei aber weiterhin Thema welches Konzept die Verwaltung bezüglich der Unterbringungsmöglichkeiten in Haan habe.

1. Bgo Formella berichtet, dass noch 2 Obdachlose im Neandertalweg untergebracht waren. Einer sei inzwischen aus Haan fort und einer im Heidfeld untergebracht worden. Es werde versucht, in Zusammenarbeit mit der Caritas, diesen in eine eigene Wohnung zu vermitteln.

Im Haushaltsplanentwurf 2011 bzw. Planungszeitraum bis 2014 sei für investive Maßnahmen kein Ansatz aufgenommen worden. Bzgl. der Obdachlosen sei ein Rückgang der Zahlen zu verzeichnen, bezüglich der Asylbewerber/innen sei nach derzeitiger Entwicklung mit einer Zunahme zu rechnen. Es sei vorgesehen, den politischen Gremien nach den Haushaltsplanberatungen 2011 ein neues Konzept vorzulegen. Nach der verwaltungsinternen Abstimmung sei vorgesehen, ein Bebauungsplanverfahren, voraussichtlich im 2. Halbjahr 2011 für den Bereich Heidfeld, durchzuführen. In der Deller Straße seien Räumlichkeiten frei, aber es sei vor einer Belegung eine Sanierung nötig. Aufgrund des Beschlusses, die Deller Straße aufzugeben, würden nur absolut notwendige Maßnahmen durchgeführt.

Stv. Lukat nimmt nochmal Bezug auf Punkt 1 des Antrages der SPD. Inhaltlich sei dieser erledigt. Dem Antrag zu Punkt 2 könne sie nicht zustimmen. Es müssten hier allerdings die Baufenster verändert werden. Ein Gesamtkonzept würde seitens der CDU zeitnah in 2011 gewünscht. Außerdem sei gewünscht, die Räumlichkeiten der Gräfrather Straße ggfls. zu besichtigen, bzw. in die Überlegungen mit einzubeziehen.

Stv. Pohler regt an, möglich zügig ein Bebauungsplanverfahren zu betreiben, dies sei aufgrund des Zustandes dringend erforderlich.

1. Bgo. Formella gibt an, dass das Haus Heidfeld 12 komplett abgeschrieben sei und

nicht mehr genutzt werde.

Stv. Pohler ist wichtig, dass die Verwaltung in den Startlöchern stünde und die Tätigkeit müsse als dringlich erkannt und transparent sein.

1. Bgo. Formella bestätigt, dass dies erkannt sei und die Amtsleiter/innen der betroffenen Baufachämter, Frau Barenthien (Bauaufsichtsamt), Frau Eden (Gebäudemanagement) und Herr Rautenberg (Planungsamt) sowie Amt 51 und die Caritas "mit an Bord" seien.

Vors. Stracke bedauert, dass hinsichtlich der Wohnumfeldverbesserung im Gebiet Heidfeld bisher nichts passiert sei.

1. Bgo Formella erläutert, dass dies im Zuständigkeitsbereich des Dezernates III läge, es möge doch diesbezüglich ein Hinweis ergehen. Dies wäre dann Aufgabe der operativen Aufgabenerledigung des Bauhofes.

Die SPD zieht ihren Antrag zurück, da die Verwaltung in dieser Angelegenheit erkennbar tätig wird.

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden seitens des Sozialausschusses zur Kenntnis genommen.

3./ Beschlussausführung

Protokoll:

AL Thal räumt ein, dass in den letzten zwei Jahren Beschlüsse gefasst wurden, die auf Grund fehlender Ressourcen nicht umgesetzt worden seien. Als Beispiele seien die Sozialdaten und der "Runde Tisch" genannt.

In Bezug auf das Beispiel der Sozialdaten habe eine befristete Kraft begonnen, welche ohne Planstelle (gefördert von der Bundesagentur für Arbeit) nach einigen Monaten selbst gekündigt habe. Die Förderung der Bundesagentur für Arbeit (BA) sei eine politische Vorgabe gewesen. Eine Fortführung der Maßnahme über die BA konnte nicht realisiert werden.

Stv. Lukat fragt, ob nicht erwogen worden sei, Aufgaben auszugliedern oder Fremdleistungen einzukaufen?

Stv. Pohler möchte wissen wie denn mit solchen Situationen umgegangen werde. Eine Sozialdatenerfassung z.B. werde seiner Meinung nach benötigt. Und warum sei für den "Runden Tisch" noch nichts veranlasst worden?

1. Bgo. Formella räumt Handlungsbedarf betreffend des "Runden Tisches" ein. Sie beabsichtigt das Thema bei der nächsten Stadtteilkonferenz in 2011 einzubinden.

Bezüglich der Personalstrukturen müsse man feststellen, dass mit den gegebenen Personalressourcen manches nichts umzusetzen sei. Es seien Umsetzungsgrenzen gegeben und Leistungen könnten auch nicht einfach eingekauft werden, da es ebenfalls Budgetgrenzen gäbe. Für die Erfassung der Sozialdaten sei keine Stelle im Stellenplan ausgewiesen worden.

Stv. Lukat regt an, ob man nicht ein Beschlussmanagement einführen und die offenen Beschlüsse als Anlage zu den Ausschusseinladungen hinzufügen könne. Sie wünsche mehr Transparenz, wie Beschlüsse abgearbeitet würden.

Vors. Stracke erläutert, dass er deswegen diesen Punkt auf die Tagesordnung gesetzt habe. Sein Wunsch sei es, einmal im Jahr einen Bericht zu erhalten, wie die Beschlüsse abgearbeitet würden. Wenn Beschlüsse nicht umgesetzt würden, würde auch demokratisches Handeln ausgehebelt.

Stv. Ramsel hält es für wichtig ein Verfahren festzulegen, wie Beschlüsse abgehandelt würden. Man solle Migration als wichtiges Thema verstärken. Der "Runde Tisch" müsse ja nicht von der Verwaltung durchgeführt werden, es sei lediglich der Anstoß aus der Verwaltung wichtig und ausreichend.

Stv. Mentrop befürwortet, eine Prioritätenliste der Beschlüsse zu erstellen.

Stv. Dörfler wünscht, eine Liste der offenen Beschlusspunkte bis zur nächsten Sitzung zu erhalten.

Stv. Pohler plädiert dafür, dass ab sofort eine Beschlusskontrolle eingeführt werde.

Stv. Lukat spricht sich auch dafür aus, dass eine Beschlusskontrolle für die Gesamtverwaltung eingeführt werde.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

Der Sozialausschuss beschließt, dass eine Beschlusskontrolle eingeführt wird, in der zu jeder Einladung des Ausschusses die offenen Beschlüsse mit Zeitschiene, wann der Beschluss beantragt wurde und bis wann mit der Abarbeitung des Beschlusses zu rechnen ist, gelistet werden.

Der Ausschuss regt an, die Beschlusskontrolle in die GO des Rates einzuführen.

4./ Anfragen

Protokoll:

keine Anfragen

5./ Mitteilungen - Ehrenamtskarte

Protokoll:

1. Bgo. Formella berichtet, dass der Haushaltsplanentwurf 2011 keinen Ansatz für eine einmalige Veranstaltung zur Ehrung ehrenamtlich tätiger Persönlichkeiten enthalte. Anstelle dessen sei die Überreichung einer Ehrenamtskarte geplant, es solle in diesem Zusammenhang diskutiert werden, ob dies auch von den zu Ehrenden gewollt sei oder nicht.

Weiterhin berichtet sie, dass seitens des Dezernates I in der Stellenplanberatung 2011 als Konsequenz auf den GPA-Bericht darauf hingewirkt werde, die Ämter 40 und 51 zusammenzuführen. Die Amtsleiterenebene sowie die Gesamtstruktur müsse dann neu betrachtet werden.

Stv. Sobbe fragt, ob nicht ein Beschluss gefasst worden sei, wonach die Ehrenamtskarte nicht gewollt sei.

1. Bgo. Formella informiert, dass in der entsprechenden Sitzung lediglich über die Ehrenamtskarte berichtet worden sei, aber kein Beschluss gefasst wurde.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Mitteilungen zur Kenntnis.